

sozialdemokratischer pressediens

B/XKXVII/34

18. Februar 1972

Nicht auf Kosten der Verkehrssicherheit

Zur Präsidentschaft der "Wirtschaftsministerien"
des Verkehrsministeriums

Von Ernst Hart Moß
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundes-
minister für Verkehr und Post-
und Fernmeldewesen

Seite 7 und 8 / 13 Zeilen

Ein rotes Licht - Hilfe der Gewerkschaften

Zur Konjunkturprogramm - eine Chance für
eine bessere Wirtschaftspolitik

Von Dr. Wilhelm Mülling MdB
Mitglied des Ausschusses für Arbeit und
Sozialordnung und aller Mitglieder der Wirt-
schaftsausschusses des Bundestages

Seite 7 und 8 / 10 Zeilen

Am Kopf- und tiefer Basis

Zur Arbeit der Gewerkschaften und ihrer An-
richtungen

Von Hart Kattich MdB
Mitglied des Ausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 7 und 8 / 10 Zeilen

Dokumentieren des SPD-Pressedienstes

"Deutschland - keine Anarchisten"

Seite 7 und 8 / 10 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 846 / 886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Nicht auf Kosten der Verkehrssicherheit

Zur Problematik der "Entkriminalisierung" des Verkehrsrechts

Von Ernst Haar MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

Nach einem vom Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes sollen künftig Geldbußen nicht mehr ab DM 20, sondern erst ab DM 50 in das Verkehrszentralregister beim Kraftfahrtbundesamt in Flensburg eingetragen werden. Dieser Vorschlag erscheint zunächst bestechend, weil in der Begründung von einer "Entkriminalisierung" des Verkehrsrechts gesprochen und auf die Möglichkeit der Verwaltungsvereinfachung hingewiesen wird. Die jetzige Regelung hat nach Auffassung des Bundesrates zur Folge, daß gegenwärtig auch verhältnismäßig geringfügige Verstöße gegen Verkehrsvorschriften zu einem Eintrag in das Verkehrszentralregister führen.

Einige Beispiele jener Ordnungswidrigkeiten, die vom Bundesrat als "geringfügig" bezeichnet werden, machen die Problematik deutlich:

- Verbotenes Parken auf Autobahnen,
- falsches Vorbeifahren an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel,
- Führen eines Fahrzeuges mit Mängeln, die die Verkehrssicherheit erheblich beeinträchtigen (z.B. Fahren mit mangelhaften Reifen),
- falsches Heranfahren an Fußgängerüberwege,
- Nichtbeachten des Rotlichtes oder des Haltzeichens

In der Tat ist es aber nicht vertretbar, derartige Verkehrsverstöße noch als geringfügige Delikte zu bezeichnen.

Das Verkehrszentralregister hat die wichtige Aufgabe, dem Gesetzgeber und den Gerichten bei steigenden Unfallziffern zuverlässiges Material zu liefern, damit die notwendigen verkehrssichernden und verkehrserzieherischen sowie verkehrspolitischen Maßnahmen getroffen werden können.

Bei Geldbußen zwischen DM 30 und DM 40 handelt es sich in neun von zehn Fällen um den Tatbestand der Geschwindigkeitsüberschreitung. Jede vierte Geldbuße zwischen DM 40 und DM 50 muß wegen technischer Fahrzeugmängel und fast jeder zehnte wegen Vorfahrtsverletzungen ausgesprochen werden.

Die sogenannten "Dauersünder" sind eine Minderheit, von der jedoch eine permanente Gefahr für die Sicherheit ausgeht. Durch die vorgeschlagene Heraufsetzung der Eintragungsgrenze würde jedoch gerade diese Minderheit profitieren, weil die Wiederholung von Verkehrsverstößen nicht mehr verschärfend berücksichtigt werden könnte.

Verwaltungsvereinfachung darf nicht auf Kosten der Verkehrssicherheit gehen. Die Annahme, daß örtliche Verwaltungsbehörden wieder eigene "Verkehrssünderkarteien" anlegen würden, ist berechtigt.

Die Bundesregierung hat ihren Widerspruch zu dem vorliegenden Gesetzentwurf des Bundesrates eingehend begründet. Wichtige, der Verkehrssicherheit dienende Maßnahmen dürfen nach ihrer Auffassung nicht am Aufwand von Verwaltung und Gerichtsbarkeit gemessen und die mit der Eintragung im Verkehrszentralregister verbundene Präventivwirkung nicht unterschätzt werden. Mancher Kraftfahrer schätzt das Risiko der Eintragung in das Verkehrszentralregister höher ein als die Androhung einer Geldbuße.

Der 10. Deutsche Verkehrsgerichtstag hat die Auffassung der Bundesregierung Ende Januar dieses Jahres nachdrücklich unterstützt und die Anhebung der Eintragungsgrenze von DM 50 abgelehnt.

Wir sollten daher keine Entwicklung begünstigen, die unter dem Schlagwort der "Entkriminalisierung" des Verkehrsrechts und der vermeintlichen Verwaltungsvereinfachung wie ein Akkord klingt, aber im Kern nicht den Interessen der großen Mehrheit aller Verkehrsteilnehmer dient. (-/ex/18.2.1972/bcy)

+ + +

Zur rechten Zeit - Hilfe den Gemeinden.

Das Konjunkturprogramm - eine Chance für gezielte Reformpolitik

Von Dr. Wilhelm Nölling MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung und
stellv. Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Die Bundesregierung hat im Jahreswirtschaftsbericht vom 28. Januar 1972 Jahresprojektionen über Beschäftigungsstand und reales Wachstum veröffentlicht, die - so ist die Annahme - nur dann erreicht werden können, wenn nachfragestützende Maßnahmen früh genug und wohl dosiert einsetzen. Erstmals seit der Rezession im Jahre 1967 besteht jetzt die Chance, die volkswirtschaftlichen Hilfsquellen verstärkt für öffentliche Investitionen zu verwenden und den bestehenden Nachholbedarf in einer Weise zu befriedigen, wie das in den letzten Jahren wegen der konkurrierenden Ansprüche der Privatwirtschaft und der Exportindustrie unter Vollbeschäftigungsbedingungen nicht möglich war. Jetzt haben Bund und Länder die Chance in den Gemeinden zu zeigen, was sie unter intensiver Reformpolitik verstehen.

Als Teil des Eventualhaushalts des Bundes stehen 300 Millionen DM für Zuschüsse an die Gemeinden zur Verfügung. Sie sollen den Kern eines gemeindlichen Konjunkturprogramms bilden. Die Bundesregierung hat bisher nur dargetan, daß strukturschwache Gebiete besonders berücksichtigt werden sollen, daß sie von den Ländern einen Beitrag erwartet und zinsgünstige Kredite aus den ERP-Mitteln einbezogen werden sollen.

Soll dieser Teil des Konjunkturprogramms optimal in die Gesamtkonzeption der Bundesregierung eingebaut werden, so müssen die folgenden Überlegungen beachtet werden:

- 1/ Die Länder müssen so früh wie möglich wissen, welche Leistungen von ihnen erwartet werden. Es erscheint sinnvoll, die Mittel des Bundes durch einen ebenso

hohen Anteil der Länder zu ergänzen.

- 2/ Die Gemeinden müssen ebenfalls so früh wie möglich wissen, welche Investitionen gefördert werden und welche nicht. Es empfiehlt sich, gesellschaftspolitisch besonders wichtige Vorhaben auszuwählen und die Mittel des gemeindlichen Konjunkturprogramms auf die Schwerpunkte zu konzentrieren. Die Bundesregierung sollte gezielt nur den Bau von Kindergärten, Kindertagesheimen, Schwimmbädern und Altenheimen (Pflegestätten und Tagesheime) fördern.
- 3/ Um die Manövriermasse von 600 Millionen DM zu vergrößern und die Gemeinden trotzdem nicht zu sehr zu belasten, sollten zusätzlich zinsgünstige ERF-Kredite bereitgestellt werden. In strukturschwachen Gebieten dürfte der auf diese Weise zu beschaffende Eigenanteil der Gemeinden 20 vH, der Investitionssumme, in den übrigen Gebieten 40 vH, nicht übersteigen. Mit Hilfe dieser ERF-Kredite sollte ein Investitionsvolumen von insgesamt einer Milliarde DM mobilisiert werden, das an den Anfang des Maßnahmenkatalogs der Bundesregierung zur Nachfragestützung gehören müßte.

Stadt- und Landesväter sollten aufmerksam und - die Gunst der Stunde nutzend - sich rechtzeitig darauf einstellen, daß ihnen eine reformfreudige Bundesregierung Mittel zur Bewältigung ihrer Gemeinschaftsaufgaben verschaffen will. Je eher die Bundesregierung ihre Vergaberichtlinien bekanntgibt und auch den Zeitpunkt der Mittelfreigabe bestimmt, desto größer sind die Chancen, daß in Hunderten von Kommunen vorbereitende Arbeiten beginnen können, was für den Erfolg des Programms nicht unwichtig sein dürfte.

(-/ex/18.2.1972/ks)

+ + +

Auf breiter und tiefer Basis

Zum Stand der deutsch-jugoslawischen Beziehungen.

Von Kurt Mattick MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen haben eine tiefe und breite Basis. Politiker aller Parteien aus der Bundesrepublik, Kulturschaffende und Männer aus der Wirtschaft haben Kontakte mit Personen und Institutionen und sind ernsthaft an guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien interessiert. Die ökonomischen Beziehungen sind gut entwickelt (die BRD ist größter Handelspartner Jugoslawiens) und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf breiter Basis entwickeln sich durch Gastarbeiter auf der einen Seite und Tourismus auf der anderen Seite.

Mein Kurzbesuch in Belgrad vom 13. - 16. Februar galt vor allem dem Bemühen, die deutsch-jugoslawischen parlamentarischen Kontakte zu mobilisieren und dafür Grundlagen zu erarbeiten. Noch in diesem Jahr wird es eine erste gemeinsame größere Konferenz geben.

Meine Gespräche mit den führenden Vertretern der Staatsführung, Regierung und Partei sowie Parlamentariern umfaßten im wesentlichen folgende Problembereiche:

- die Ereignisse in Kroatien und anderen Teilen des Landes im letzten Vierteljahr,
- die weitere europäische Entwicklung im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion sowie der Volksrepublik Polen,
- die Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,
- die besonderen deutsch-jugoslawischen Beziehungen, insbesondere Wirtschaftsprobleme.

Zu den Ereignissen in Jugoslawien ergab sich für mich aus den Gesprächen folgendes Bild:

Man muß die besondere kroatische Position aus der historischen Entwicklung sehen. Man muß wissen, daß der Prozeß mit der letzten Komplikation sicher nicht abgeschlossen ist.

Darüber ist man sich in Jugoslawien auch klar. Dies wurde mir sehr deutlich an dem Beispiel, daß während des Widerstandes der Partisanen gegen den Feind innerhalb der Partisanengruppen gleichzeitig bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen stattfanden.

Die derzeitige Auseinandersetzung hat ihren Ausgangspunkt in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und den Schlußfolgerungen, die sich daraus für die jeweiligen Nationen ergeben. Kroatien ist ein reiches Land, begünstigt von der Ausgangsposition der geschichtlichen Zugehörigkeit zur westlichen Hemisphäre Europas sowie von der geographischen Position her - der Tourismus spielt sich im wesentlichen in diesem Lande ab. Kroatien besitzt eine besondere ökonomische Leistungsfähigkeit. Die Differenz des Lebensstandards besonders zwischen Kroatien und auch Slowenien einerseits und Montenegro andererseits ist die Differenz zwischen entwickelten und ent-

wicklungsfähigen Ländern. Ein wesentlicher Streit geht um die ökonomische Solidarität zwischen den reichen und den armen Bürgern dieses Sechsländervolkes, zu denen sich noch zwei autonome Gebiete gesellen.

Im Zuge der Auseinandersetzung um die Verfassungsänderung gab es in den kroatischen Gruppen Gedankengänge, die bis zur vollen Autonomie und Selbständigkeit in wirtschaftlichen Fragen hinreichten. Als die Auseinandersetzung von den Studenten auf der Straße fortgesetzt wurde, gingen die Forderungen sogar bis zur selbständigen Mitgliedschaft in der UNO, also totale Unabhängigkeit. Dieses vordergründig. Die Jugoslawen sehen selbstverständlich darin den Einfluß, der sich von außen bemerkbar macht. Auf der einen Seite gab es in dieser Auseinandersetzung Positionen gegen das allen Schattierungen der Stalinisten, viel zu weit gehende Prinzip der gesellschaftlichen Demokratisierung, einschl. der Betriebsselbstverwaltung. Auf der anderen Seite wirkten von außen auch reaktionäre Kräfte aus den Widerstandsgruppen gegen den jugoslawischen Sozialismus überhaupt.

Dabei beschwerten sich meine Gesprächspartner insbesondere über die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik möglich ist, kroatische Widerstandsgruppen in Form von Parteien zu organisieren. Die Gründung einer kroatischen kommunistischen Partei durch den deutschen Staatsangehörigen Jelitsch in Berlin ist für die Jugoslawen nicht mehr verständlich, nachdem sie gelesen hatten, daß der Versuch, eine italienische KP in der BRD zu gründen, durch gesetzliche Maßnahmen verhindert worden ist.

Natürlich schwelt der Prozeß in Kroatien seit langer Zeit, aber, so sagten mir meine Gesprächspartner, um die Auseinandersetzung so offen zu führen, wie es inzwischen geschehen ist, mußten sie auf einen Zeitpunkt zusteuern, in dem der Eingriff öffentlich verstanden wurde; dies sei das Risiko auch ihrer Demokratie. So hatten sie die Arbeiter auf ihrer Seite, für die die Gefahr der Erstickung der Demokratie erst jetzt sichtbar wurde. Man ist entschlossen, die Auseinandersetzung nicht mit Mitteln der Gewalt oder des Rechtsbruches zu führen, sondern mit Mitteln der Politik. Es wird keine Verurteilungen geben, es sei denn, daß nachweisbar Hochverrat im Spiele ist.

Jugoslawien muß sich bemühen, das wirtschaftliche Gefälle zwischen Norden und Süden zu überwinden. Dazu sind neue Maßnahmen eingeleitet worden; u.a. wurde ein Entwicklungsfonds für den Süden geschaffen, außerdem gibt es schon eine beträchtliche Bewegung der Arbeitskräfte vom Süden in den Norden.

In diesem Zusammenhang wurde auch über die deutsch-jugoslawische wirtschaftliche Zusammenarbeit gesprochen und es wurden einige Wünsche geäußert. Die Gespräche, die sich um die allgemeine politische Einschätzung drehten, ergaben weitgehende Übereinstimmung in Bezug auf die weitere mögliche Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit. Übrigens fand ich auch verständige Einsicht in die schwierigen Probleme, die vor einer Konferenz über europäische Sicherheit zwischen der BRD und der DDR geregelt werden müssen und die durch die Schwierigkeiten, mit denen es die DDR zu tun hat, noch ausstehen. Man kann wohl davon ausgehen, daß im Falle internationaler Konferenzen in der nächsten Zeit es zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien weitgehende Übereinstimmung und damit auch Zusammenwirken in internationalen Fragen geben kann.

(-/ex/18.2.1972/ks)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Deutschland, deine Anarchisten"

"Die revolutionäre Situation ist in globaler Dimension vorhanden. Der Imperialismus existiert heute nicht mehr als Neben- und Gegeneinander nationaler Kapitalkonsortien, sondern als ein vielfältig ineinander verflochtener, weltumspannender Komplex, in dessen Innerem die wirkenden Widersprüche der anarchistischen Produktionsweise vulkanische Wucht entwickelt.

Diese Theorie entwickelt U-Häftling und Ex-APD-Anwalt Mahler mit Fanatismus und Besessenheit im 'Spiegel' über die kommende Weltrevolution; die er schon greifbar vor sich sieht. Neue Wörter kommen da in unsere Sprache, wie etwa 'EM' = Bader-Meinhof, 'Randgruppen' oder RAF = Rote Armee Fraktion und ihr 'harter Kern'.

Wie wirr das alles ist, ging auch aus der 'Spiegel'-Serie 'In die Bank und durchgeladen', den Berichten über den Ruhland-Prozess und aus dem Interview mit Ex-Mitglied Beate Sturm hervor. EM-Menschen sind zu 'drop outs' geworden, der Verstand ging im Verband einfach unter, Zwänge führten in Sackgassen.

'Ich habe mir überlegt', sagt der geständnisfreudige Ruhland hinter seinem Panzerglas, 'daß es nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für die Mitglieder der Gruppe am besten sei, wenn alle nach Möglichkeit verhaftet würden, bevor noch jemand getötet würde, was nach meiner Meinung mit Sicherheit kommen muß.'

Das leuchtet ein. Wer die Gesichter der Mitglieder anschaut, mit diesem fanatisierten Blick der Idealisten, die die Welt verbessern (das heißt im Endeffekt verschlechtern) wollen, dem wird Angst. Gott schütze uns vor Idealisten, die zu Anarchisten werden!

Beate Sturm: 'Man hatte nur ungefähre Vorstellungen von der neuen Gesellschaft. Es sollte zwar alles anders und besser sein, aber konkrete Vorstellungen gab es keine, wirklich keine, auch

von den großen linken Häuptlingen in Berlin nicht'.

'Wir werden siegen', meint indessen Mahler unverdrossen. Aber sind wir in Lateinamerika oder in der Bundesrepublik, die mit allerhand Freiheit und Wohlstand (freilich oft nicht viel Toleranz) ausgestattet ist? Was soll da die Phrase von 'Sklavenhaltern' und 'Feudalhorren', von 'Leibeigenen' und der 'besitzlosen, ausgebeuteten Mehrheit des Volkes'? Guter Gott, leben wir im frühkapitalistischen England der achtziger, im zaristischen Rußland der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts? Oder haben wir Gewerkschaften, Streikrecht, Betriebsräte und hin und wieder sogar eine Art von Mitbestimmungsrecht?

Der BM-Alltag kommt allerdings so deutlich heraus, wie ich das schon immer vermutete. Planlos, ruhelos, konzeptlos, naiv und ungemütlich - und wie ungemütlich! Auch skrupellos, was etwa die nützlichen Idioten anging, die der Gruppe Quartier und Zuflucht geben. Beate Sturm: 'Man hielt sie für dämlich, dann brauchte man keine Rücksicht zu nehmen.'

Dazu die groteske Romantik. Andreas Baaders Vorstellung, daß eine kriminelle Tat an sich schon eine politische Tat sei, fand Beate Sturm 'einfach schwachsinnig'. Sie stieg aus. Indessen geht der BM-Streß weiter: Autos knacken, Geld beschaffen, flichen, fälschen, ausbaldornen, Überfallen, wohl gar aus Hysterie schießen und töten. Der erste Kreis der Hölle, wie viele werden folgen?

Die Verzweiflung der Ulrike Meinhof, sie schimmerte in den Aussagen der anderen immer wieder durch. Dame und Bube, Bauer und Springer, hoffentlich gehen diese Spiele bald zu Ende. Zeit wird's!"
(-/ex/18.2.1972/bgy/ks)

(Ursula von Kardorff/ "Münchener Abendzeitung"/ 17. Februar 1972)